

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Verkauf und Expedition
Johannisstraße 33.
Sprechtstunden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.
Für die Redaction eingesandene Manu-
scripte muß die Redaction nicht
zurückgeben.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Zusteller an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Anstalten:
Otto Stern, Universitätsstr. 22,
Bismarckstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,150.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Bringerlohn 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belagerungsplan 10 Pf.
Schilfen für Extrablätter
ohne Postbefreiung 30 Pf.
mit Postbefreiung 45 Pf.
Jahrespreis 50 Pf. Beilage 20 Pf.
Größere Schriften laut unserer
Preisverzeichnisse. — Tabellarischer
Zug nach höherem Tarif.
Rechnen unter dem Redactionsdruck
die Spalten 40 Pf.
Jahrespreis sind stets an d. Expedition
zu senden. — Arbeit wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postwechsel.

№ 215.

Donnerstag den 8. Juli 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Am 3. August d. J. sind zwei Beneficien der Hofrath Högl'schen Stiftung im Betrage von je 100 A 33 1/2 jährlich zu vergeben.
Receptionsberechtig sind in erster Linie verwitwete oder geborene Hölgl, welche hier wohnen, dasern solche aber nicht vorhanden sind, arme Wittwen Leipziger Bürger und Handwerkermeister, welche bereits Almosen genießen, und dasselbe hier verzehren. Die Empfängerinnen müssen sich „ehrlich, gottesfürchtig, fleißig und fromm“ ausführen.
Bewerberinnen um dieses Beneficium haben sich unter Beifügung der erforderlichen Bescheinigungen bei uns schriftlich bis zum 17. Juli d. J. anzumelden.
Leipzig, den 6. Juli 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Messerschmidt.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Localitäten sind die Caffeezimmer für die Einkommensteuer
Freitag, den 9. und Sonnabend, den 10. d. M.
geschlossen.
Die Abfertigung der nach außerhalb sich abmeldenden Personen wird hierdurch nicht unterbrochen.
Leipzig, den 7. Juli 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Koch.

Bekanntmachung.

Das am Fleischerplatz Nr. 8 gelegene sogen. Weiterhaus soll
Dienstag, den 13. Juli d. J. Vormittags 10 Uhr
an Ort und Stelle auf den Abbruch öffentlich versteigert werden.
Die Versteigerungsbedingungen liegen in unserem Bauamt, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 1, zur
Einsichtnahme aus.
Leipzig, am 29. Juni 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Dr. Wangemann.

Öffentliche Plenarsitzung der Handelskammer

Sonnabend, den 10. d. M., Abends 6 Uhr in deren Sitzungssaal, Neumarkt 19, L.
Tagesordnung:
1) Registrator.
2) Bericht über die Eisenbahn-Konferenzen in Magdeburg am 8. und in Berlin am 10. Juni d. J.
3) Berichte des erweiterten Verkehrs-Ausschusses über a) die Verordnung des kaiserlichen Ministeriums des Innern, das deutsche Eisenbahn-Gütertarifsystem und dessen projectirte Abänderungen betr.; b) die Vorlage der kaiserlichen Amtshauptmannschaft, den auf einem Canal nach der Saale zu erwartenden Güterverkehr betr.
4) Bericht über die behufs Anschlusses mitgetheilte Petition der süddeutschen Abtheilung des Vereins deutscher Tabakfabrikanten und Händler, die kaiserliche Tabakmanufaktur in Strassburg betr.

Organisation!

Die Nothwendigkeit einer festeren Organisation der nationalliberalen Partei ist das ständige Thema der gemäßigten liberalen Presse. Mit Recht; denn will das national gesinnte Bürgertum sich bei den nächsten Wahlen zum Reichstage nicht durch den vereinigten Radicalismus, Feudalismus und Ultramontanismus überrollen lassen, so muß in der Zeit für die Bildung fester Cadres Sorge getragen und eine strengere Parteidisziplin in den ziemlich losen Verband der Nationalliberalen hineingetragen werden. Es gilt den Kampf mit trefflich geschulten Gegnern, denen jedes Mittel, welches der Zweck heiligt, genehm ist, zu besteben. Leider scheint es in dieser Beziehung nur bei schließlichen Versuchen geblieben zu sein! So war in Berlin in den ersten Tagen der Nachsession des preussischen Landtages unter den nationalliberalen Abgeordneten angeregt worden, einen Parteitag, etwa im Herbst an einem Orte des mittleren Deutschlands abzuhalten. Dieser Plan ist in der Vorbereitung stecken geblieben. Die Erregung, welche durch die kirchenpolitischen Debatten in die Gemüther geworfen wurde, ließ leider so scheinbar fernliegende Dinge späterhin wieder zurücktreten. Und doch wäre es nicht bloß für die liberale Partei ein Gewinn gewesen, sich in ehrlicher klarer Aussprache zu sammeln und zu festigen, sondern es hätte durch einen solchen Parteitag auch gezeigt werden können, daß der „unheilbare Nix“, der in den Spalten der Blätter aller Farben und Fraktionen bald angeht, bald schon als Thatsache hingestellt wird, in Wirklichkeit nicht oder doch nicht in dem Maße, wie es das Sensationsbedürfnis zu schildern liebt, vorhanden ist. Ganz objectiver Weise kann hier, wie man uns zuverlässig berichtet, festgestellt werden, daß innerhalb des Fraktionsverbandes selber, soweit in der kurzen Zeit zwischen der entscheidenden Abstimmung über die kirchenpolitische Vorlage und der Tags darauf erfolgten Abreise der meisten Abgeordneten von Berlin noch eingehendere Besprechungen möglich waren, die Ereignisse der letzten Wochen nicht als von so grundstürzender und folgenreicher Bedeutung erachtet wurden, wie es äußerlich scheinen möchte.
Sollte sich der in Aussicht genommene Parteitag dennoch realisieren, so würden dort gleichzeitig die vorbereitenden Schritte für die nächste Wahlkampagne zu thun sein, namentlich aber ein Wahlprogramm entworfen werden müssen. Die nationalliberale Fraktion hat sich bislang diesem Brauch gegenüber leider kühl verhalten, und nicht der beifälligen Fortschrittspartei, welche es liebt, fast jede neue allgemeine Wahlkampagne mit einem Aufruf an die Wähler einzuleiten. Auch gegenwärtig ist der parlamentarische Vorstand der Fortschrittspartei bereits in reger Thätigkeit im Hinblick auf die Auflösung des Reichstages. Dieselbe sieht etwa im Mai zu erwarten, da die Legislaturperiode im September des nächsten Jahres abläuft, die letzte Session aber schon im Frühjahr ihr Ende erreicht haben wird. Wie es heißt, ist Herr Eugen Richter so in Anspruch genommen, daß er sich schon jetzt der Hilfe von Stenographen bedienen muß, um die Partei- und Wahlcorrespondenz erledigen zu können! Wir machen auf diese Vorgänge in der Fortschrittspartei rechtzeitig aufmerksam, um uns des Vorwurfs nicht schuldig zu machen, daß die liberale Presse es verkannt habe, auf bestehende Gefahren hinzuweisen.
Die „Nationalliberale Correspondenz“ sieht die Parteilage noch ziemlich rosig an, indem sie wie folgt schreibt: „So weit uns die Stimmung bekannt ist, herrscht allerwärts unter den leitenden Männern der Partei das ernsthafte Bestreben, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten sich nicht zu einem Bruch erweitern zu lassen. Daß diesem Bestreben von einem Theile der

eigenen Parteipresse nicht nur keine Unterstützung, sondern erhebliche Schwierigkeiten bereitet werden, ist eine sehr bedauerliche Thatsache, die nur unsern zahlreichen Gegnern in die Hände arbeiten kann. Wenn die Bemühungen zur Sprengung der nationalliberalen Partei ganz besonders an die Abstimmung über das Kirchengesetz anknüpfen, so haben wir wiederholt hervorgehoben, daß es eine maßlose Uebertreibung ist, aus der Thatsache, daß ein Theil der Partei es aus Gründen der allgemeinen Politik und Taktik für zweckmäßig hielt, für das in eine recht harmlose Gestalt gebrachte und seiner bedenktlichen Bestimmungen vollständig entleiidete Gesetz zu stimmen, ein anderer Theil aber dagegen, aus dieser Thatsache einen tiefgehenden und unersöhnlichen Zwiespalt im nationalliberalen Lager über die Grund- und Principienfragen der kirchlichen Gesetzgebung und Politik zu folgern. Sowie etwa eine conservativ-liberale Coalition verfaßt sollte, die Grundlagen, den Kern und das Wesen der Rangsetzung anzutasten, würde sich unsehbar auch die äußerliche Eintracht der nationalliberalen Partei außerordentlich rasch herstellen.“
Wir würden es mit Freuden begrüßen, wenn das genannte Parteiblatt über die Grenzen der preussischen Kirchenpolitik hinaus bereits jetzt auf die Neuwahlen zum Reichstage hinweisen und für das geschlossene Auftreten der Partei energisch wirken wollte. Die Leute „draußen im Reich“ würden für jede Auffrischung des Lebens in der Partei nur dankbar sein. Das Geheimniß des Erfolges im öffentlichen Leben ist „Organisation!“ Das sollte Jeder beherzigen, dem die Interessen des Vaterlandes am Herzen liegen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 7. Juli.
Nicht nur in den Hansestädten, sondern auch in einigen preussischen Seestädten macht sich eine radicalere Strömung geltend. Wir machen auf diese bedenklichen „Reichen der Zeit“ aufmerksam, um unsere politischen Freunde zu energischer Parteithätigkeit anzuspornen. Auch die „Neue Stettiner Zeitung“ richtet in einem „Nach dem Schluß“ überschriebenen Artikel einen förmlichen Abgesandten an die bisherigen Parteigenossen, an dessen bezeichnendsten Stellen es heißt: „Die nationalliberale Partei ist so vollständig auseinander gesprengt, daß an eine Reconstitution derselben nicht mehr zu denken ist. Die nationalliberale Partei ist in dem Votum über die Futtkamer'sche Vorlage untergegangen und damit ist auch die politische Führerrolle des Abg. v. Denning zu Ende gespielt.“ Und am Schluß:
„Der Conflict in unserem selbstbewußten Bürgertum zwischen seinem Herzenswunsch, mit der Regierung zu geben, und seinem Verstande, der zu der Erkenntnis zwingt, daß Dies bei der gegenwärtigen Leitung der Regierung nicht möglich sei, ist nunmehr gelöst. Stricte Opposition ist das Gebot der politischen Pflicht geworden gegenüber einer Regierung, von der kein freisinniger Mann irgend etwas mehr erwarten kann. Diese Erkenntnis drückt sich denn auch mit immer unwiderstehlicher Gewalt Bahn. Da die Fortschrittspartei diesen notwendigen und zur Zeit allein möglichen Standpunkt voller Opposition allein für vertritt, müssen ihr, wie die letzten Wahlen in Potsdam und Lübeck zeigen, immer weitere Kreise der Nation zufallen. Wünsche für eine Mittelpartei sind nicht im Stande, eine solche ins Leben zu rufen, wo die Existenzbedingungen für eine solche Partei fehlen. Von gewisser Seite glaubt man den unentwidelichen Strom zur Fortschrittspartei damit aufhalten zu können, daß man dieselbe republikanischer Tendenzen beschuldigt. Dem Standpunkt, welcher nur das persönliche Versehen anerkennt, erscheint eben bereits jede Selbstständigkeit als Republikanismus. Aber damit erschwert man heute nur noch politische Kinder.“
Die Reichstagsersatzwahl im 5. hannoverschen Wahlkreis (Welle-Deppolz) hat abermals für den welfischen Centrumsgegner,

Herrn v. Arnswaldt, entschieden; der nationalliberale Gegenkandidat, Landgerichtspräsident Struckmann, der den Wahlkreis früher vertreten, ist um etwa tausend Stimmen in der Winderheit geblieben. Die welfische Strömung, die bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen nicht ohne Unterstützung von Oben zu Tage trat, dauert also immer noch an. Diesen Zeitpunkt hält die Fortschrittspartei für geeignet, ihre Angel ganz besonders auch nach der Provinz Hannover auszuwerfen, wo der Fortschritt bisher gar keinen Boden hatte. Herr Eugen Richter erläßt in den Blättern seiner Partei einen Aufruf, es möchten sich diejenigen bei ihm melden, die für Ausbreitung und Organisation der Fortschrittspartei in Hannover thätig sein wollen. Die nur seitens des Welfenthums und des damit verbundenen Ultramontanismus bedrohte Herrschaft der nationalliberalen Partei in der Provinz Hannover mag der Fortschrittspartei schon längst ein Dorn im Auge sein, und bei dem allgemeinen systematischen Fehlschlag, den die fortschrittliche Agitation jetzt gegen die Nationalliberalen zu eröffnen gedenkt, soll auch Hannover zum Verlußt- und Operationsfeld gemacht werden. Wären unsere hannoverschen Parteigenossen jetzt auf diese Machinationen aufmerksam sein und sich zur Gegenwehr rüsten!
Das Berliner Feuilletonblatt, die „Germania“, ergeht sich in den leidenschaftlichsten Jornausschreien gegen den Grafen Leo Stolberg, der neulich im preussischen Herrenhause bekanntlich eine Rede von nicht patriotischem Geist gehalten und seinen protestantischen Standpunkt gegenüber den Ansprüchen der römischen Curie energisch zur Geltung gebracht hat. Das Blatt fordert die „verständigen und ehrlichen Conservativen“ auf, sich von solchen Leuten zu trennen, „deren Wissen, Denken und Streben keinen reicheren Inhalt hat, als auf geistigem Gebiete der stupiden Haß gegen Rom, auf politischem Gebiete die unrichtbare Vorliebe für abgestorbene Formen, auf wirtschaftlichem Gebiete das kurzfristige Streben nach den einseitigen Interessen der ererbten Scholle.“ Das Centrum hatte bisher den agrarisch-conservativen Bestrebungen redlich Vorschub geleistet, um sie jetzt als Vorliebe für abgestorbene Formen und kurzfristiges Streben nach den einseitigen Interessen der ererbten Scholle zu erklären. Eine bessere Kritik der gesetzgeberischen Leistungen und Bestrebungen der conservativ-liberalen Coalition vermöchte auch von liberaler Seite nicht geleistet zu werden. Den Conservativen aber, die schmerzlich bedauern, daß das Bündniß mit dem Centrum noch immer nicht recht zur Befestigung kommen will, empfehlen wir diese Auslassungen des ultramontanen Hauptorgans zur Beachtung. Sie können daraus lernen, welchen Geist sie erst noch bei sich zum Durchbruch lassen müssen, ehe sie in den Augen des Centrums als correct, verständig und wohlgesinnt dastehen.
Ueber die Finanzen des Reiches dürften einige Angaben willkommen sein. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Nach dem Abschluß der Bücher der Reichs-Hauptcasse für das mit dem 31. März abgelaufene Etatsjahr 1879/80 stellen sich die Ergebnisse des Reichshaushalts für diese Rechnungsperiode wie folgt:
Bei den fortwährenden Ausgaben der Verwaltung des Reichsheeres sind, hauptsächlich weil der Naturalienbedarf der Armee höher zu beschaffen war als der Etat vorausgesehen, Ersparnisse vorgekommen, deren Gesamtbetrag bei anderen Titeln eingetretene Mehrbedürfnisse um 6,896,000 Mark übersteigt. Bei den auf die Militairverwaltung bezüglichen Titeln des allgemeinen Pensionsfonds sind außerdem 133,000 A erspart worden. Dagegen sind bei den einmaligen Ausgaben für das Reichsheer zu Lasten der Mittel des ordentlichen Haushalts Mehrausgaben im Betrage von 1,295,000 Mark erwachsen, so daß unter Anrechnung der bei der Militairverwaltung aufgetretenen Mehrein-

nahmen für das Reichsheer im Ganzen sich ein Rinderbedarf von 4,839,000 A ergeben hat. (Von der speciellen Anführung der übrigen Staatsgruppen müssen wir absehen. D. R. d. L. T.) Was die Einnahmen des Reichs betrifft, so haben die Zölle und Verbrauchssteuern gegen den Etat 23,383,427.98 Mark mehr eingebracht, wovon nach Abzug der auf Grund des § 8 des Gesetzes vom 15. Juli 1879 aus dem Ertrage der Zölle und Tabaksteuer den Bundesstaaten auf ihre Matricularbeiträge erstatteten 8,022,056 Mark dem Reich 16,211,371.28 Mark verblieben sind. Die Ueberschüsse der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung und der Reichseisenbahnen haben den Etat gleichfalls um 1,477,000 Mark und 2,376,000 Mark, zusammen um 3,853,000 Mark übersteigert. Auch die verschiedenen Verwaltungseinnahmen, sowie die Ueberschüsse aus früheren Jahren und die Zinsen aus belegten Reichsgeldern weisen Mehrerträge von 311,000 Mark, 743,000 Mark und 789,000 Mark auf. Dagegen sind die Einkünfte aus dem Spielartenkempel um 128,000 A, aus der Reichsrentenpflanzung um 667,000 A, aus der Reichsdruckerei um 70,000 A und aus dem Bankwesen um 1,488,000 A hinter den Etatsplan zurückgeblieben. Im Ganzen haben den Mehrerträgen bei den Einnahmen von zusammen 21,210,736.49 A Ausfälle von insgesamt 2,806,203.09 A gegenüber, so daß der Mehrertrag der ordentlichen Einnahmen sich auf 18,404,533.40 A beläuft. Unter Berücksichtigung der Ausgabe-Ersparnisse von 4,293,482.99 A hat sich für den ordentlichen Haushalt des Etatsjahres 1879/80 somit ein Ueberschuß von 22,898,016.39 A ergeben.
Die Nachrichten über eine erneute Vorlegung der Draht-, der Börsen- und der Quittungssteuer sind nach der „Kugbl. N. Z.“ völlig ungenau. Sicher ist nur, daß die erneute Vorlage des Wehrsteuerentwurfs aufgegeben ist, weil derselbe schon früher bei den Regierungen Bedenken erregte. Uebrigens sind alle weiteren Entschlüsse vorbehalten. Sicherem Vernehmen nach rechnet die Reichsregierung nach wie vor mit dem Tabakmonopol-Proiect, welchem man wahrscheinlich schon im nächsten Reichstage begegnen wird.
Wird die Pforte die Beschlüsse der Berliner Conferenz ausführen? Diese Frage beschäftigt alle Welt; die Beantwortung in besagtem Sinne scheint indessen selbst die Diplomatie nicht zu erwarten. Nach in Athen eingegangenen Nachrichten dürfte die Ueberreichung der Collectivnote der Conferenzmächte am 16. d. Mts. erfolgen. Allgemein scheint türkischer Bittenstand sicher erwartet zu werden. Gewiß ist, daß die Türkei die Darbanelen besetzt und Truppen, Artillerie, auch Positionsgeschütze täglich nach Salonichi befördert. Es finden thatsächlich vertrauliche Verhandlungen der Cabineten wegen Brangamafregate statt. Die Nachricht, Oesterreich widerspreche grundsätzlich der Betheiligung Italiens an einer etwaigen Execution, ist nach Wiener Depeschen durchaus irrig.
Auch in Libanien macht die Pforte Schwierigkeiten. Ein Berichterstatter der „Daily News“ will wissen, daß der Sultan und Abeddin Pascha eine lange Proclamation entworfen haben, welche die Albanesen zum Widerstande gegen die griechische Besitzergreifung von Epirus aufserdet. Die Sache wird geheim gehalten, aber den Hofschaltern gelang es, sich in den Besitz einer Abschrift zu setzen. Der Sultan glaubte, daß hierbei einer der Palastsecreteure den Verräther gespielt, und entließ sie alle. In dem Ministerrath am letzten Montag beschloß man, die albanesischen Russen in Konstantinopel und dessen Umgebung, die auf 10,000 bis 15,000 Seelen geschätzt werden, zu überreden, sich nach Epirus zu begeben. — Ueber die Ermordung Daffan Pascha's in Novi-Bazar veröffentlicht die „Pol. Corr.“ aus Belgrad vom 2. d. einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen:
Es sind aus Novi-Bazar Flüchtlinge über die serbische Grenze gelangt, welche über große Tumulte berichten, die dort ausgebrochen sind. In den letzten Tagen des Monats Juni sind viele Mitglieder der